

## Pressemitteilung

### **Aktuelle Ausschreibungsergebnisse für Onshore-Windenergie veröffentlicht – 99,2 Prozent des Zuschlagsvolumens geht an Bürgerenergiegesellschaften**

**Bremerhaven, den 22. November 2017** — Die Bundesnetzagentur hat heute die Ergebnisse der dritten Ausschreibungsrunde für die Onshore-Windenergie bekanntgegeben. Der durchschnittliche Zuschlagswert liegt bei 3,8 Cent pro Kilowattstunde. Wie bereits die vorangegangenen Ausschreibungsrunden war auch diese deutlich überzeichnet: Für die ausgeschriebenen 1.000 Megawatt (MW) Leistung wurden 210 Gebote mit einem Volumen von 2.591 MW abgegeben.

„Der im Vergleich zur vorherigen Ausschreibungsrunde noch einmal um zehn Prozent gesunkene Zuschlagswert zeigt eindrucksvoll, wie innovativ und wettbewerbsfähig die Windbranche ist. Die Lernkurve in den vergangenen Jahren war enorm. Die Windenergie hat den fossilen Energien nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch längst den Rang abgelaufen“, sagt Andreas Wellbrock, Geschäftsführer des WAB e.V.

Die Freude über die Kostensenkungen wird jedoch deutlich von der wettbewerbsverzerrenden Ausgestaltung der bisherigen Ausschreibungsrunden getrübt. So sind auch bei dieser Ausschreibung wieder 99,2 Prozent des Zuschlagsvolumens auf Bürgerenergiegesellschaften entfallen. Was auf den ersten Blick erfreulich klingt, ist in Wirklichkeit das Ergebnis einer massiven Ungleichbehandlung durch den Gesetzgeber: Im Gegensatz zu den anderen Bietern können Bürgerenergiegesellschaften ohne eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung an den Auktionen teilnehmen und haben nicht 30, sondern 54 Monate Zeit für die Umsetzung ihrer Projekte. Sie können bei ihren Geboten also mit viel modernerer Anlagentechnologie kalkulieren, als bereits genehmigte Projekte.

Für Andreas Wellbrock bergen die Ausschreibungsergebnisse noch eine weitere Gefahr: „Da ein hoher Anteil des Zuschlagsvolumens erst in viereinhalb Jahren in Betrieb genommen werden muss, droht vor allem in den Jahren 2019 und 2020 ein massiver Fadenriss beim Windenergieausbau. Darüber hinaus ist völlig unklar, wie viele der Bürgerenergieprojekte überhaupt genehmigt und damit gebaut werden.“

Der Gesetzgeber hat zwar auf die bereits nach den ersten beiden Ausschreibungsrunden ersichtlichen Verwerfungen reagiert, allerdings wurden die umstrittenen Privilegierungen für Bürgerprojekte lediglich für die ersten beiden Ausschreibungstermine 2018 ausgesetzt. Ein weiteres Problem liegt darin, dass das EEG vorsieht, dass sich ab 2018 der maximale Gebotswert einer Auktion aus den höchsten Zuschlägen der vorangegangenen drei Ausschreibungsrunden ableitet. Bei vielen bereits genehmigten Projekten dürfte ein rentabler Betrieb bei dem von den Bürgerprojekten gedrückten Höchstpreis äußerst schwierig werden. WAB-Geschäftsführer Wellbrock fordert daher unmissverständlich: „Der Gesetzgeber muss beim EEG dringend nachbessern und die Fehlentwicklungen korrigieren. Deswegen brauchen wir schleunigst eine neue, handlungsfähige Bundesregierung, die die notwendigen Gesetzesänderungen herbeiführt – zum Wohle der Verbraucher und für das erfolgreiche Gelingen der Energiewende.“

## Über die WAB

Der WAB e.V. ist das führende Unternehmensnetzwerk für Onshore-Windenergie in der Nordwest-Region und bundesweiter Ansprechpartner für die Offshore-Windenergiebranche. Dem Verein gehören mehr als 350 Unternehmen und Institute aus allen Bereichen der Windenergie-Industrie, der maritimen Industrie sowie der Forschung an.

### Kontakt für Presseanfragen:

Andreas Wellbrock

Geschäftsführer WAB e.V.

Tel.: +49 (0) 172 754 6336

Mail: andreas.wellbrock@wab.net

Homepage: [www.wab.net](http://www.wab.net)

Twitter: <https://twitter.com/WABWindnetwork>

Facebook: <https://www.facebook.com/wab.net>

Newsroom: <http://www.presseportal.de/pm/57611/wab-e-v>

RSS-Feed: [http://www.presseportal.de/rss/pm\\_57611.rss](http://www.presseportal.de/rss/pm_57611.rss)

Gefördert durch den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr des Landes Bremen und den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung

Der Senator für Umwelt,  
Bau und Verkehr



Freie  
Hansestadt  
Bremen



Europäische Union  
Investition in Bremens Zukunft  
Europäischer Fonds für  
regionale Entwicklung